

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Wochentagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 W.M. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 W.M., bei Geschäftsbesorgung 3 W.M. (zuzüglich Abgabe).  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wichtig: Wir danken allen Lesern für die Zusendung von Briefen, die uns zu jeder Zeit erreichen. Wir bitten um Bescheidenheit bei der Beurteilung von Briefen. Briefe ohne Aufschrift der Adresse werden nicht beantwortet. — Rücksendung eingekorbelter Briefe erfolgt nur, wenn Bescheid beisteht.

Wichtig: Die 8-spaltige Kennziffer 20 W.M., die 4-spaltige Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 W.M. pro Seite, die 2-spaltige Kennziffer im letzten Teile 1 W.M. pro Seite. Nachdruckgebühr 20 W.M. pro Seite. Sonstige Gebühren nach Vereinbarung.  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6  
Wichtig: Die 8-spaltige Kennziffer 20 W.M., die 4-spaltige Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 W.M. pro Seite, die 2-spaltige Kennziffer im letzten Teile 1 W.M. pro Seite. Nachdruckgebühr 20 W.M. pro Seite. Sonstige Gebühren nach Vereinbarung.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 285. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 8. Dezember 1927

## Neuer Mut.

Die Lage im Versicherungsgewerbe.  
Dies in das Leben eines jeden einzelnen hinein greift die Versicherung. Wer nicht den verschiedenen Arten der laastlichen Versicherung unterliegt, erfährt das durch Anknüpfen an die vielfältigen Zweige der Privatversicherung. Die Tagung des Reichsverbandes für Privatversicherungen hat so recht gezeigt, von welcher ungeheurer Wichtigkeit nach den verschiedensten Seiten hin gerade dieser Teil unseres Wirtschaftslebens in schweren Zeiten liegen hinter ihm. Die Inflation zerstörte die riesigen Kapitalien nicht bloß der großen Versicherungsgesellschaften, sondern zerbrach auch einen Teil der kleineren vollständig. Die Währungsstabilisierung hat den Überlebenden neuen Mut gemacht und auf der Tagung konnte mit Stolz darauf hingewiesen werden, daß man vielfach über den Versicherungskreis der Vorkriegszeit schon recht weit hinausgekommen ist. Nicht bloß zahlenmäßig etwa, sondern auch die innere Festigkeit ist durch zahllose Rückversicherungsverträge — auch mit ausländischen Gesellschaften — rasch vorwärtsgeschritten. Einen Teil ihrer Kapitalien, wenn auch einen kleinen, reitete ihnen das Aufwertungsgebot; waren es doch nicht zuletzt die großen Privatversicherungen, die die ihnen zuzuführenden Gelder der Versicherten in der Form langfristigen, meist hypothekalen Kredits festlegen pflegten. Diese Gewohnheit gerade ist aber, volkswirtschaftlich gesehen, jetzt vielleicht von noch größerer Wichtigkeit als vor dem Kriege und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat auf der Tagung des Reichsverbandes demgemäß es auch zum Hauptpunkt seiner Ausführungen gemacht, angesichts des spärlichen Vorkommens der Kreditquellen in der Gegenwart es als dankbare Aufgabe der Versicherungen zu bezeichnen, hier in die Breche zu treten, besonders deshalb, weil die Geschäftsverhältnisse der Versicherungsgesellschaften wieder recht gute geworden sind. Eine innere Festigung der Privatversicherung bedeuten auch die jüngsten Entwicklungen, die zu einer Zusammenfassung mehrerer großer Konzerne geführt haben, so daß jetzt die Gefahr, einem kräftigen Ansturm irgendeines Naturereignisses zu erliegen, besonders deswegen als ausgeschlossen erscheint, weil ein solcher Riesenkonzern — und der deutsche ist jetzt der größte in ganz Europa — natürlich es viel leichter hat, in eine Verbindung mit großen ausländischen Konzernen zu treten.

Vielfältig ist das Leben von heute und darum nicht minder vielfältig auch die Form der Versicherungen. Hier aber prallt die Vielfältigkeit besonders heftig mit der juristischen Möglichkeit, das Eintreten eines Versicherungsfalles festzustellen, hart aufeinander. Juristisch läßt sich immer nur eine Zusammenfassung festlegen, aber bei der Versicherung kommt ja immer nur der Einzelfall in Frage. Man kennt die Versicherungsverträge mit ihren schier unzähligen Paragraphen — und doch sind die Streitigkeiten darüber sehr häufig, ob und wie im Versicherungsfalle die Pflichten der Gesellschaft zu erfüllen sind. Der beste Ruhm, den eine Versicherungsgesellschaft haben kann, ist aber der, „zulant“ zu sein und — meist lohnt es sich für sie, zulant zu sein. So manche Streitigkeiten hofft man aber, wenigstens auf einem Gebiete, nämlich auf dem der Feuerversicherung, durch eine Neufassung des Gesetzes beseitigen zu können. Das gilt nicht bloß in Kleinigkeiten, sondern hat tiefere Bedeutung; ist doch beweisbar, wie stark die Zahl der Brände abhängig ist von der — Wirtschaftskontunktur! Ist diese günstig, so verringert sich die Zahl der Brände, um aber bei einem Konjunkturschwung wieder anzunehmen. Beträchtlich ist die andere Tatsache, daß ein Drittel aller Brandschadensfälle auf vorsätzlicher Brandstiftung beruht.

Auch die Privatversicherung erhebt laute Klagen über das Vordringen der öffentlich-rechtlichen, namentlich der Provinzial- und kädtischen Versicherungsanstalten, weit über den Rahmen des ihnen zustehenden Gebietes hinaus. Auch der neueste Zweig, die Versicherung der Autobesitzer, soll der „öffentlichen Hand“ übergeben werden. Das bedeutet eine Konkurrenz, die durchaus nicht immer diesen öffentlich-rechtlichen Versicherungen nützt, sicherlich aber den privaten Gesellschaften großen Abbruch tut. Das Versicherungswesen ist — und muß es sein — außerordentlich klein geegert und anscheinungsreicher Natur, da ist Bürokratismus also noch unangebrachter als sonstwo.

## Die Genfer Tagung des Völkerbundes.

Stressemann für Verminderung der Sitztagungen.  
Mittwoch früh trat der Rat zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Deutschland war am Ratstisch durch Staatssekretär von Schubert vertreten, da Reichsminister Dr. Stressemann den Besuch des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras erhielt, der bereits vorher mit dem französischen Außenminister Briand eine längere Unterredung gehabt hatte. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen die Durchführungen von im Aus-

## Wer wird Präsident der Vereinigten Staaten?

### Coolidge verzichtet auf Wiederwahl.

Bekräftigung der früheren Erklärung.  
Im Hochsommer d. J. hatte der Präsident der Vereinigten Staaten schon angedeutet, er werde bei der nächstjährigen Neuwahl für den Präsidentenstuhl nicht mehr kandidieren. Diese Andeutung wurde damals dahin ausgelegt, Coolidge werde bei genügendem Jurethen doch noch einer Wiederaufstellung zustimmen. Jetzt unterstreicht aber Coolidge seine damalige Kundgebung mit folgenden Worten vor dem Republikanischen Parteiausflug, der anlässlich der Kongreßöffnung in Washington zusammentrat:

„Wir nähern uns jetzt der Zeit, wo man an die Zukunft denken muß. Die Partei muß ihren Kandidaten, der mein Nachfolger werden soll, benennen. Um Zeit für ruhige Überlegung zu geben, erkläre ich am 2. August, daß ich nicht beabsichtige, für die Präsidentschaft 1928 zu kandidieren. Diese Erklärung steht fest und kein Mensch soll glauben, daß ich sie abändere. Ebenso hoffe ich, daß meine Entscheidung geachtet wird.“

Diese Erklärung Coolidges hat selbst auf seine nächsten politischen Freunde überraschend gewirkt. Man hatte bisher immer noch angenommen, er werde im letzten Augenblick doch sich einer Wiederwahl nicht entgegnen, das scheint nun ausgeschlossen zu sein. Die jetzt meistgenannten Kandidaten der Republikanischen Partei für die kommende Wahlkampagne sind zurzeit der Han-

delsekretär Herbert Hoover, Vizepräsident Dawes, der Sprecher des Repräsentantenhauses, Longworth, der frühere Gouverneur von Illinois, der Farmer Snowden, und endlich Senator Curtis.

### Für starke amerikanische Rüstung.

Bei seiner Jahresbotschaft zur Kongreßöffnung betonte Coolidge, Amerika müsse zum Schutze seines ausgedehnten Handels und seiner weiten Gebiete an beiden Ozeanen eine starke Kriegsstärke, besonders zahlreiche Unterseeboote und eine hinreichende Luftverteidigung besitzen. Amerika habe im Einklang mit dem Grundsatz, daß ein Wettstreit vermieden werden muß, kürzlich versucht, zu einem Drei-Mächte-Abkommen zu gelangen. Aber während Japan sehr weitgehend mitarbeitete, sei Amerika außerstande gewesen, mit Großbritannien ein Abkommen herbeizuführen. Die Genfer Konferenz ergab keine Resultate, die ohne Inhalt gewesen. Durch keine Propaganda würde sich Amerika zu einer Kursänderung beeinflussen lassen. Soweit keine Vertragsbeschränkungen beständen, sei es durchaus Amerikas Sache, zu bestimmen, wie groß die Flotte der Vereinigten Staaten sein soll. Coolidge ging noch kurz auf die Eigentumsfrage ein und erklärte, der Kongreß habe liberale Vorkehrungen zur Rückgabe eines großen Teils des ehemals feindlichen Eigentums getroffen. Zum Schluß äußerte sich Coolidge über China, Mexiko und Nicaragua und erklärte, Amerika wolle überall den Frieden.

land-erlassenen Schiedssprüche in Handelsfällen, fernere Fragen, die mit den Entschlüssen der Weltkonferenz von August dieses Jahres zusammenhängen, und schließlich der Tätigkeitsbericht des Hygieneausschusses des Völkerbundes. Die Angelegenheiten wurden zustimmend erledigt.

In einer anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurde der englische Antrag auf Herabsetzung der Zahl der jährlichen Sitztagungen von vier auf drei besprochen. Es entspann sich eine allgemeine Debatte, in der Chamberlain sowie auch der mittlerweile erscheinende Außenminister Dr. Stressemann für Verminderung der Sitztagungen auf drei eintraten. Verschiedene andere Redner äußerten dagegen Bedenken. Die Frage wurde nicht zu Ende beraten. Für nachmittags war eine weitere öffentliche Sitzung anberaumt, die sich mit dem polnisch-litauischen Streitfall beschäftigen sollte und in welcher der litauische Ministerpräsident Woldemaras und der polnische Außenminister Jaleski Erwägungen abgeben wollten.

## Der polnisch-litauische Konflikt.

### Militärische Sachverständige.

Die neuen Schwierigkeiten, die sich bei der Behandlung des polnisch-litauischen Streitfalles ergeben haben sollen, beziehen sich hauptsächlich auf die Art und Weise, wie eine gewisse Kontrolle für die Durchführung der Regelung des Streitfalles durch den Rat gewährleistet werden kann. Nach einer Darstellung wurden Schritte unternommen, um Rechtsgarantien zu erhalten für den Fall der Aufhebung des Kriegszustandes. Man denkt an die Einsetzung eines Ausschusses von militärischen Sachverständigen, welche die Verhältnisse an der polnisch-litauischen Grenze zu überwachen hätten. Dieser Plan läßt aber insbesondere auf polnischer Seite auf Widerstand.

Wie ausdrücklich erklärt wird, in der Fünfmächtebesprechung in großen Linien eine einheitliche Auffassung zwischen den Mächten, einschließlich Deutschlands, über die weitere Behandlung des litauisch-polnischen Streitfalles festgestellt worden, und zwar ist man übereingekommen, daß in erster Linie eine Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Polen und Litauen herbeigeführt werden soll. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras will eine Rechtsverwahrung in der Wilna-Frage zu Protokoll geben. Auf polnischer Seite sei man bereit, diese Rechtsverwahrung Litauens zur Kenntnis zu nehmen.

### Saardelegation in Genf.

In Genf ist die saarländische Delegation eingetroffen, die mit dem Völkerbundrat über die Erneuerung eines neuen Mitgliedes der Saargebietes verhandeln soll. Man nimmt an, daß das bisherige belgische Mitglied der Saargebietes, Lambert, demnächst ausscheiden soll. Die Saardelegation wünscht auch mit der deutschen Delegation über die allgemeine Wirtschaftslage des Saargebietes, die Fragen der Elektrizitätswirtschaft und der Kohlenausfuhr zu sprechen.

### Die Forderungen von Woldemaras.

Genf. In der öffentlichen Nachmittags Sitzung des Völkerbundes am Mittwoch beantragte der litauische Ministerpräsident Woldemaras nach eingehender Darlegung der Ergebnisse, die sich seit dem Oktober dieses Jahres zwischen Polen

und Litauen abgepielt haben, folgende Maßnahmen des Völkerbundes zur Beilegung des litauisch-polnischen Konflikts:

1. Der Völkerbundrat soll eine internationale Kontrollkommission schaffen, die sich an Ort und Stelle, und zwar auf beiden Seiten der polnisch-litauischen Grenze über die militärische Lage an der Grenze informieren und hierüber dem Völkerbund Bericht erstatten soll.
2. Die litauische Regierung beantragt, daß die polnischen Vandalen im Gebiet von Wilna aufgelöst werden. Sie ist der Ansicht, daß die Organisation dieser Vandalen eine dauernde, ernsthafte Bedrohung Litauens bedeute. Sie seien geschaffen worden, um Litauen zu besetzen. Die litauische Regierung sei der Ansicht, daß die Organisation der Vandalen in Litauen der polnischen Regierung zur Last gelegt werden müsse und einem direkten militärischen Angriff Polens auf Litauen gleichkäme.
3. Die litauische Regierung beantragt die Einsetzung eines Untersuchungs Ausschusses zur Prüfung derjenigen Maßnahmen, die die polnische Regierung gegen polnische Staatsangehörige litauischer Nationalität ergriffen hat.

## Prinz Heinrich an Bord der „Berlin“.

### Auseinandersetzung.

Der Kommandant des Kreuzers „Berlin“ hatte den Prinzen Heinrich von Preußen vor Ederförde zu einem Frühstück an Bord geladen. Der Prinz folgte dieser Einladung und einige Blätter der Linkspartei übten an diesem Vorgang Kritik und behaupteten, es sei eine Parade veranstaltet worden, der Prinz habe Ansprachen an die Mannschaft gehalten usw.

An zuständiger Stelle ist davon nichts bekannt. Außerdem ist nach vorliegenden anderen Berichten der Prinz nur eine halbe Stunde an Bord gewesen, hat dort weder Befehle noch Anordnungen gegeben, sondern lediglich einige Abschiedsworte an die ausfahrende Mannschaft gerichtet. Dem Prinzen stehen nach der durch den Reichspräsidenten Ebert erlassenen Ordnung Flaggen- und Salutschren zu, da er früherer Großadmiral der deutschen Flotte ist.

## Bisher keine Einigung im Eisenkonflikt.

### Stillelegungs-vorbereitungen.

In den Verhandlungen zwischen der Großeisenindustrie und den drei Gewerkschaften in Essen trugen die Arbeitervertreter erneut ihre bisherigen Forderungen vor, von denen sie unter keinen Umständen abgehen wollten. Eine einheitliche Forderung ist von den Gewerkschaften nicht aufgestellt worden; jede einzelne vertritt ihren Standpunkt. Daraufhin trugen die Unternehmer ihre Ansicht vor. In einer Einigung ist es nicht gekommen. Die Verhandlungen sind infolgedessen ergebnislos verlaufen. Nunmehr werden neue Verhandlungen vor dem Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Jüttem, stattfinden, der zu ihnen einladen wird.

Auf die Angelegenheit der Betriebsstillelegungen zum 31. Dezember haben die Metallarbeiterverbände in Hamm von der Regierung in Arnberg die Nachricht erhalten, daß die Westfälische Drahtindustrie und die Vereinigten Stahlwerke, Aktia, Westfälische Union, am Freitag, den 9. Dezember, Stillelegungsverhandlungen angefangen haben. Die beiden Werke hatten sich dem Vorgehen der Großeisenindustrie angeschlossen. Ein Schlichtungsverfahren vor einem unparteiischen Schlichter hatte noch nicht stattgefunden.